

Die „Laibacher Zeitung“ erscheint, mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage, täglich, und kostet sammt den Beilagen im Comptoir ganzjährig 11 fl., halbjährig 5 fl. 50 kr., mit Kreuzband im Comptoir ganzj. 12 fl., halbj. 6 fl. Für die Zustellung in's Haus sind halbj. 50 kr. mehr zu entrichten. Mit der Post portofrei ganzj., unter Kreuzband und gedruckter Adresse 15 fl., halbj. 7 fl. 50 kr.



Insertionsgebühr für eine Garmond-Spaltenzeile über den Raum derselben, ist für 1malige Einschaltung 6 kr., für 2malige 8 kr., für 3malige 10 kr. u. s. w. Zu diesen Gebühren ist noch der Insertions-Stempel per 80 kr. für eine jedesmalige Einschaltung hinzu zu rechnen. Insertate bis 10 Zeilen kosten 1 fl. 90 kr. für 3 Mal, 1 fl. 40 kr. für 2 Mal und 90 kr. für 1 Mal (mit Inbegriff des Insertionsstempels).

Laibacher Zeitung.

Amtlicher Theil.

Se. I. I. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchstem Handschreiben vom 5. Juni d. J. den Hofrat der königl. siebenbürgischen Hofkanzlei August Roth von Telegd., die Räthe des siebenbürgischen Gouvernements Friedrich Kirchner, Alois von Pap, Jakob Bollonga und Samuel von Feleke, den Hofsekretär der königl. siebenbürgischen Hofkanzlei, früheren I. I. Oberlandesgerichtsrath Georg von Anghal und endlich den Fiscaldirektor (Oberstaatsanwalt) der siebenbürgischen Gerichtstafel Stephan von Kováts zu Räthen des königl. siebenbürgischen Obersten Gerichtshofes allernädigst zu ernennen geruht.

Das Ministerium für Handel und Volkswirtschaft hat die Wahl des Franz Heller zum Präsidenten und des Thomas Rosian zum Vizepräsidenten der Handels- und Gewerbe kammer in Salzburg bestätigt.

Nichtamtlicher Theil.

Laibach, 12. Juni.

Das erste Ergebnis der Kaiserreise nach Pest ist die Aufhebung des Militärprovisoriums in Ungarn. Die „Ungarischen Nachrichten“ enthalten folgendes Telegramm des königlich ungarischen Hofkanzlers an den Statthalter Grafen Pálffy: „Mit Allerhöchstem Handschreiben, ddo. Ocen 8. Juni, wurde der gesetzliche Wirkungskreis des Statthaltereirathes hergestellt, und die Militär-Gerichte, vom 1. Juli I. J. angefangen, aufgehoben.“ Es wird daher die Gerichtsbarkeit über die politischen Vergehen, welche durch den Allerhöchsten Erlass vom 5. November an die Militärgerichte überging, wieder an die ordentlichen Gerichte übertragen; die Militärjurisdiktion über die Civilparteien tritt mit 1. Juli außer Wirksamkeit. Die Gerichte werden in Zukunft nach den Strafgesetzen des Landes vorzugehen haben; nur bezüglich der Preszvergehen bleibt die österreichische Preszordnung von 1852 in Wirksamkeit, behufs deren Anwendung gleichzeitig eine Instruktion an die Gerichte erlassen wird, deren Bestimmungen zum Theile den österreichischen Strafgesetzen, zum Theile dem ungarischen Preszgesetze von 1848 entnommen sind.

Die Luftströmungen in der deutschen Politik haben, wie es scheint, gewechselt; der Zug von Wien nach Berlin hat aufgehört und es dürfte etwas Wahres an der Spannung sein, über welche in preußischen und deutschen Zeitungen so viel gesprochen wird. Auch andere, schwerwiegende Ereignisse der letzten Tage deuten darauf hin. Aus Berlin wird uns in der „Rheinischen Ztg.“ versichert, daß die Stimmung in den dortigen maßgebenden Kreisen eine sehr energische geworden sei, ja indirekt deutet man darauf hin, daß man (in Berlin) mit Russland vereint bis zu einer Art Ultimatum gegen Österreich vorgehen werde. Es scheint die Duellewuth selbst in den Berliner Regierungskreisen epidemisch zu werden.

Zu Betreff der römisch-italienischen Verhandlungen und des Verhältnisses Österreichs zu demselben tauchten in den Blättern verschiedene Gerichte auf, nach welchen man vermuten könnte, daß sich Österreich nunmehr in diese Angelegenheit eingemischt habe. Diese Vermuthungen sind nach den uns zugehenden übereinstimmenden Berichten durchaus unbegründet. Österreich hat nicht aufgehört, in seiner neutralen Stellung, die es seit Beginn der Negotiationen diesen gegenüber eingenommen, zu beharren, eine Stellung, welche einer Versöhnung zwischen dem Papste und Viktor Emanuel bezüglich der rein kirchlichen Arrangements nichtweniger als im Wege steht.

75. Sitzung des Abgeordnetenhauses

vom 9. Juni.

(Schluß.)

Abg. Hagenauer: Die Debatte habe eine ganz unrichtige Wendung genommen. Man hätte sehr wohl gehan, die Sache zu belassen, wie sie in der Regierungsvorlage enthalten war. Es handle sich um einen Vertrag, um Dienste und um Entgelt, nicht um eine Subsidie.

Redner vergleicht das Entgelt für den Seepostdienst mit dem von anderen Staaten geleisteten, und zeigt, daß selbst die von der Regierung vorgeschlagene Biffer noch hinter der von Frankreich, England, Russland und Italien gezahlten, bedeutend zurückbleibe. Die Minorität nehme eine ganz falsche Stellung ein, sie sage, man müsse untersuchen, wie viel der Lloyd zum Leben brauche und dürfe ihm nicht mehr geben, aber es handle sich nicht um eine Subvention, sondern um Bezahlung für geleistete Dienste.

Redner vertheidigt den Bau des Arsenals in ähnlicher Weise, wie Abg. Mende, und sagt, hätte man es nicht gebaut, so müste man es heute bauen. Was die Po-Schiffahrt betrifft, so trage hauptsächlich die Regierung an dem Mißlingen Schuld, sie versprach die Po-Mündung zu öffnen, damit die Schiffe vom Meere aus hineinfahren können, dann hätte diese Linie auch etwas getragen, aber die Regierung unterließ in ihrem dermaligen Bedrängniß die Ausgrabung der Mündung und so müste die Po-Schiffahrt eingehen.

Redner betont, daß der Lloyd gar kein Privilegium mehr habe, er darf eben nur die Briefe mitnehmen und die periodische Schiffahrt unterhalten, und wendet sich dann gegen die Vorwürfe des Abg. Cerne.

Der Lloyd ruinire nicht nur die Schiffahrt nicht, sondern habe namentlich zu der Blüthe des Triestiner Handels beigetragen. Man sagt, der Lloyd bleibe in seiner eigenen Entwicklung zurück. Er hat jetzt 68 Schiffe. Vergleicht man dies mit jener Zeit, wo die Vermehrung der Schiffe von 6 auf 12 als Schwindel bezeichnet wurde, so könne man nur vom Aufschwung und nicht vom Zurückbleiben sprechen. Was die Administration betrifft, so lasse sich tabellarisch nachweisen, daß der Lloyd billiger fahre, als Frankreich, England, Russland und Griechenland.

Redner schließt mit der Empfehlung des Ausschussontrages.

Abg. Stene tritt als Berichterstatter der Minorität für die Bifferaufstellung derselben ein. Dieselben seien der Regierungsvorlage entnommen, bemerkt Redner, und geht hierauf in eine Detaillirung der einzelnen Ansätze ein. Er bekämpft die Angaben des Berichterstatters der Majorität und die zu Gunsten des Ausschussontrages vorgebrachten Bemerkungen und schließt mit der Erklärung, er hoffe, das Haus werde sich dem Minoritätsvotum anschließen.

Abg. Cerne repliziert gegen Conti und Hagner.

Ministeriumsleiter Freiherr v. Burger: Er kennt den Lloyd seit 30 Jahren, es wäre vergebens, zu prätendiren oder demonstrieren zu wollen, daß der Lloyd in seinen statuarischen Anlagen oder in seiner Administration ein Modell sei, allein die vorgebrachten Inkriminationen erinnerten ihn wunderbar an jenes sadenscheinliche Mäntelchen, mit welchem an anderen Orten Reid, Rivalität und Eigennutz ihre Zwecke zu verhüllen bestrebt sind. Die gemachten Angaben, die sehr böse aussehen, seien nicht bewiesen, er wolle deshalb auf dieselben nicht näher eingehen. Im Großen könnten zwei Vorwürfe aus der Debatte hervor, erstmals der Lloyd sei ein Monopol und zweitens er schlage jede Konkurrenz tot und sei ein Hemmnis für die Entwicklung der Dampf- und Segel-Schiffahrt.

Seitdem er die Ehre habe, das Portefeuille der Marine zu führen, habe er sich Mühe gegeben, aus derselben die letzten Ueberbleibsel dessen, was man Monopol nennt, auszurotten. Beweis dessen das Gesetz über die Tonnen-, Sanitäts- und Kontumazgebühren, mit welchem dem Privilegium des Nichtzahlens dieser Gebühren ein Ende gemacht wurde. Die daraus dem Lloyd erwachsenden Lasten betragen jährlich 80—100.000 fl. Ebenso erkläre das Gesetz über den periodischen Personentransport, welches auch in dieser Session erledigt wurde, daß jedes Monopol, welches dem Lloyd als Seepostinstitut aus diesem Titel zugekommen war, aufhöre. Früher wurden auch die inländischen Linien des Lloyd in das Subventionierungssystem einbezogen, auch das höre mit dem Abschluß des Postvertrages auf. Der Lloyd könne durch die Subvention, die er genossen, sich durchaus kein Monopol in den Frachtsägen erzwingen, da er thatsächlich zwei englische und eine italienische Gesellschaft in Triest und in den Hauptsägen der österr. Monarchie zu Konkurrenten hat. Auch der Vorwurf, der Lloyd ruinire die Segelschiffahrt, sei unbegründet. Als der Lloyd entstand, war der Gesamttonnengehalt der Schiffe, welche in den österr. Häfen aus- und einfuhren, 162.847 Tonnen, Ende 1863 war das Totale 285.076 Tonnen. Die Schiffahrtbewegung hat sich daher seit Gründung des Lloyd mehr als verdoppelt. Damals war der Werth der verfrachteten Güter 138 Mill., Ende 1863 287 Mill. Bezüglich desjenigen Theils der Güterverfrachtung, welche durch die Segelschiffahrt vermittelte wurde, ergebe sich das Resultat, daß sich auch diese verdoppelt habe. Man habe gesagt, daß das Monopol des Lloyd der Grund sei, weshalb eine zweite Gesellschaft in Österreich nicht aufkommen könne. Diese Behauptung sei ebenfalls unbegründet. Es hätten sich wohl in den letzten zwei Jahren mehrere Gesellschaften gemeldet, u. z. für das mittelländische Meer, die Nordsee und den atlantischen Ozean, aber alle verlangten Subventionen. Eine andere Gesellschaft, die sich im vorigen Jahre meldete, begehrte ebenfalls staatliche Unterstützung. Vor Kurzem hat ein Reeder um die Konzession zu einer Dampfschiffahrtsgesellschaft auf Grund eines Vermögens von 10 Mill. hin sich beworben.

Die Regierung beeilte sich, die Konzession zu ertheilen, sie muß aber warten, ob sich die Mittel finden, daß, was auf dem Papier steht, in's That sächliche zu übersezten. Dies werde aber kann der Fall sein, denn die Mittel unserer Küste seien viel zu schwach, um größere Dampfschiffahrts-Unternehmungen gründen zu können. Er sei weit entfernt, die Sache des Lloyd in allen Theilen führen zu wollen, aber er glaube, hier wie überall, liege die Wahrheit in der Mitte. Wenn man dem Lloyd die Subvention entzieht, so kassire man die Idee einer österr. Dampfschiffahrt an unseren Küsten und zur Verbindung der österr. Küste mit der Levante. Die Folge davon wäre ein Rückgang, während alle Seesnationen vorwärts gehen. Der österr. Adler würde aus den Meeren verschwinden, denn einer der wenigen Träger unseres politischen Einflusses im Oriente sei der Lloyd; wir kämen auch außer Verbindung mit den vielen Inseln unserer Küste und der ganze Transport fiele in rivalisirende Hände. Der Minister betont weiter die Höhe des vom Lloyd vermittelten Waarenverkehrs, vergleicht die Kosten der Paketschiffahrt mit jenen der Merkantilsschiffahrt und rechtfertigt die ursprünglich von der Regierung aufgestellte Biffer der Subvention. Der Minister vergleicht die Meilen-gelehr, welche andere Regierungen ihren Schiffahrts-gesellschaften zahlen mit den unserigen und zeigt, daß der Lloyd von Allen am wenigsten erhalten. Darans resultire, daß der Auftrag der Regierung auf dem richtigen Maßstab beruhe, daß aber jedenfalls die von der Ausschussmajorität vorgenommene Reduktion

auf 2 Millionen das Extrem ist, bis zu welchem gegangen werden kann. Er könne daher nur das Haus bitten, den Antrag der Majorität des Ausschusses anzunehmen.

Berichterstatter Dr. Mühlfeld behält sich vor, auf einzelne Bemerkungen, so wie auf den Antrag der Minorität erst in der Spezialdebatte näher einzugehen und widerlegt einige allgemeine gegen den Lloyd gerichtete Bemerkungen, namentlich die Auffassung, als ob der Lloyd ein Monopol sei und nachstehende Privilegien habe.

Die Sitzung wird hierauf geschlossen.

76. Sitzung des Abgeordnetenhauses

vom 10. Juni.

Auf der Ministerbank: Schmerling, Lasser, Blener, Hein, Burger, Sektionschef v. Kalchberg, Ministerialrath Gobbi (Finanzministerium), Ministerialsekretär Depretis (Marineministerium).

Nach Vorlesung des Protokolls und Mittheilung der Einnäufe wird zur Tagesordnung geschritten. — Auf derselben steht die Spezialdebatte des Gesetzes über das dem Lloyd für den Seepostdienst zu leistende Entgelt.

Berichterstatter ist Abg. Mühlfeld.

Zu Artikel I (aus Anlaß des abgelaufenen Postvertrages wird dem Lloyd für die Versorgung des Seepostdienstes ein Entgelt vertragsmäßig zugesichert, wie die folgenden Artikel bestimmen) ergreift

Abg. Sadil das Wort. Wie er es in der Generaldebatte gethan, bekämpft er auch jetzt jede Subventionierung des Lloyd, welcher eine Privatgesellschaft ist, die man ihrem Schicksal überlassen soll. Die Finanzlage des Staates gestatte solche Subventionierungen nicht und nach den letzten Erläuterungen des Finanzministers sei mehr als je an das Haus die Nothwendigkeit herangetreten, die Ausgaben einzuschränken. Redner vermisst die genaueren Angaben über das Porto-Ertragniß der durch den Lloyd beförderten Briefe und Postpakete, ferner die Vorlage des Postvertrages vom Jahre 1850 und stellt schließlich den Antrag, der Bericht sei an den Ausschuß zurückzuweisen und die Regierung zu ersuchen, diese Dokumente dem Ausschuß vorzulegen.

Bei der Unterstützungsfrage erhebt sich nur der Antragsteller, worauf Artikel I nach dem Ausschußantrage angenommen wird.

Artikel II normiert das Entgelt mit zwei Millionen. Zu diesem Artikel ist das Minoritätsvotum, das Entgelt mit 1,800.000 fl. festzusetzen eingebracht. Das Minoritätsvotum wird unterstützt.

Berichterstatter Dr. Mühlfeld empfiehlt nochmals den Antrag der Majorität, benützt die Gelegenheit, nun abermals einige irrite Aufschauungen, namentlich des Berichterstatters der Minorität auf das richtige Maß zurückzuführen.

Abg. Skene (Berichterstatter der Minorität) überläßt es dem Hause zu beurtheilen, ob nicht die Bilanz der Gesellschaft, welche jährlich der Generalversammlung vorgelegt wird, bei Beurtheilung des Vermögensstandes am maßgebendsten sei. Diese aber zeige ein stetiges Steigern des Vermögens des Lloyd. Redner weist zur Unterstützung des Minoritätsvotums auf das hin, was er zu dessen Gunsten in der Generaldebatte sagte, und begnügt sich nur einige der von den Vertretern der Majorität vorgebrachten Argumente zu widerlegen.

Abg. Breitl weist darauf hin, daß die Summe von 2 Millionen nur eine Maximalsumme sei. Die Minorität habe diese Maximalsumme herabgesetzt, dabei aber anerkannt, daß die Ansätze der Meilenzölle nicht zu hoch sei. Es werde auch Niemand erkennen, daß die Regierung, wenn sie den Seepostdienst selbst in die Hand nehmen würde, mit dem Betrage von 2 Millionen nicht ausreichen würde. Konstatirt sei, daß das Defizit des Lloyd in den letzten Jahren durchschnittlich 1,500.000 fl. betragen habe. Dazu müsse man noch rechnen, daß die Aufhebung der Befreiung von See- und Tonnengebühren, so wie manigfacher anderer Belastungen, ferner der Entgang des Agiogewinnes der Gesellschaft eine weitere Auslage von 200.000 fl. machen. Rechnet man noch die Zinszahlungen dazu, so ergibt sich, daß die Summe von 2 Millionen jene Biffer ist, welche der Lloyd zu seinem Fortbestande bedarf. Er befürwortet die Annahme des Majoritätsantrags.

Abg. Schindler erwiedert dem Abg. Sadil, daß die Dampfschiffahrt für den Süden eben so wichtig sei, wie die Eisenbahnen im Norden. Er macht darauf aufmerksam, wie widersprechend die Beschuldigungen sind, die dem Lloyd gemacht werden. Einer macht ihm den Vorwurf, daß er ein Monopol ist, ein Anderer wieder den, daß er die Tarife der Gesellschaft herabdrückt. Was könne man von der Konkurrenz besser erwarten? Die Einen sagen, daß er so fallit ist, daß man sich von demselben zurückziehen müßt, die Andern machen ihm den Vor-

wurf, daß er durch die Subvention zu reich werde, und so gehe das fort. Man müsse in dieser Frage einen höheren politischen Gesichtspunkt festzuhalten suchen. Man betrachte die Bestrebungen anderer Staaten zur See, namentlich die Italiens, die Befestigungsarbeiten in Ancona usw. und man werde einsehen, daß man den Lloyd im Interesse des Reiches erhalten müsse. Er unterstützt daher den Antrag der Majorität.

Nach dem Schlußworte des Berichterstatters der Majorität wird zur Abstimmung geschritten und Artikel II nach dem Antrage der Majorität angenommen.

Artikel III (Befreiung der Postpaketboote des Lloyd von den Konsularschiffgebühren und der zum eigenen Dienstgebrauche bestimmten Drucksorten, innerhalb des Zollgebietes von der Zollentrichtung) wird ohne Debatte angenommen.

Artikel IV enthält eine Reihe von Bestimmungen, welche in den Vertrag aufzunehmen sind.

Punkt I normiert die Vertragsdauer auf den Zeitraum vom 1. Jänner 1865 bis Ende Dezember 1871.

Berichterstatter theilt die Motive mit, welche den Ausschuß veranlaßten, die in der Regierungsvorlage auf 14 Jahre präliminirte Vertragsdauer (mit dem Vorbehalt der Vertrags-Revision nach 7 Jahren) auf 7 Jahre herabzusetzen.

Abg. Céne bezieht sich auf das, was er in der Generaldebatte über die volkswirthschaftlichen Schäden, deren Ursache der Lloyd sein soll, gesagt hat, weshalb nach seiner Ansicht der Vertrag auf die möglichst kurze Zeit abgeschlossen werden müsse. Redner sucht noch nachzuweisen, daß einige Linien, zu welchen der Lloyd verpflichtet werden soll, ganz außer dem österreichischen Interesse liegen, wie z. B. Konstantinopel-Kustendje. Ebenso seien einige der angeführten Linien parallel, weshalb die Kosten verdoppelt werden.

Redner spricht unter andern den Wunsch aus, daß auch eine regelmäßige Paketdienstfahrt nach Algier-Kadiz und Vera-Kruz eingerichtet würde. Redner schließt mit dem Antrag, die Vertragsdauer bis Ende Dezember 1868 festzusetzen; ferner den Zusatz zu machen: „und es werden nach Ablauf dieser Zeit die Seepostdienste im Wege der Konkurrenz hintangegeben werden.“ (Der erste Antrag wird unterstützt, der Zusatzantrag aber bleibt ohne hinreichende Unterstützung.)

Der Berichterstatter bekämpft die Anträge Céne's.

Marineminister Freiherr v. Burger wendet sich gegen den Antrag Céne's und sagt, es sei dies ein Antrag, wie er in keinem Theile Europas und der Welt, wo Seestaaten sind, je vorgebracht worden ist. Der Minister weist auf die Enquête hin, welche vor kurzem in England stattgefunden hat, um den mittleren Maßstab zu bestimmen, nach welchen man Dampfschiffahrtsgesellschaften zu behandeln hat, wenn sie Paketdienste zu versorgen haben. Überall, wo eine ähnliche Frage ventilirt wurde, sei der Grundsatz anerkannt, daß Verträge mit Dampfschiffahrtsgesellschaften regulär 20 Jahre zu dauern haben, weil sonst eine merkantile Konvenienz nicht möglich wäre.

Die englische Enquête-Kommission sagte, daß jeder kürzere Vertrag eine Prämie auf schlechtem Bau oder schlechten Dienst sei, oder daß man sich exponire mehr zu zahlen. England, Frankreich, Piemont und Amerika haben solche Verträge auf 15 bis 20 Jahre abgeschlossen. Die Regierung habe zwar 14 Jahre festgestellt, sich jedoch nach Ablauf von 7 Jahren derart freie Hand zu einer Revision behalten, daß dem Lloyd eigentlich nur für 7 Jahre der Vertrag zugesichert ist, und sie nehme daher keinen Anstand, dem Antrage des Ausschusses beizutreten. Man sagt, nach 4 Jahren soll man den Weg der Konkurrenz betreten, aber wie er schon in der Generaldebatte versicherte, sei gar keine Aussicht vorhanden, daß in dieser Zeit irgend ein größeres Unternehmen entstehen werde. Um die Linien zu verstehen, welche der Lloyd befährt, brauche man mindestens 25 Dampfer und Niemand werde glauben, daß in den nächsten vier Jahren sich eine Gesellschaft mit 45 Dampfschiffen, wie man sie zum Paketdienst braucht, gebildet haben werde. Wenn man dem Lloyd nur die Galgenfrist von 4 Jahren gibt, mit der Aussicht, ihn dann fallen zu lassen, dann sei derselbe nicht in der Lage schlechte Jahre mit guten auszugleichen und werde dem Ruine entgegengeführt. Fällt er aber, dann werden Diejenigen, die nicht die Mittel haben, ein solides Dampfschiffahrtsgesellschaften zu gründen, sich an den Trümmern derselben bereichern und dann einen Kontrakt offeriren, in welchem dieselbe Subvention, wie der Lloyd — denn diese ist die einzige rationelle — verlangt wird. Es sei also kein Grund vorhanden, eine so ganz exzessionelle Dauer für eine Dampfschiffahrtsgesellschaft von so kolossal Dimension zu fixiren und deshalb empfiehlt er die Annahme des Ausschußantrages.

Bei der Abstimmung wird Punkt 1 des Art. IV nach dem Ausschußantrage angenommen.

Punkt 2 zerfällt in mehrere Absätze.

Absatz 1, in welchem die Linien normirt sind.

Absatz 2. Modalitäten der Rückzahlung des Staatsvorschusses von 3 Millionen. (Bereits mitgetheilt.)

Absatz 3. Werthabschreibung bei den Dampfschiffen mit 5 p. Et.

Absatz 4. Die von dem Jahresertragnisse vor Entrichtung der Zinsen und Superdividende zu machen den Abzüge.

Absatz 5. Eine die 4perzentigen Zinsen des Aktienkapitals übersteigende Dividende kann erst nach Deckung des Defizits zu 1,633.382 fl. ausbezahlt werden.

Absatz 6. Kontrolle durch den kais. Regierungskommissär.

Absatz 7. Änderung der Statuten dem vorliegenden Gesetze gemäß.

Alle Absätze werden ohne Debatte angenommen. Ebenso wird Artikel V (Zollzugsklausel) ohne Debatte angenommen.

Über Antrag des Berichterstatters wird das Gesetz sogleich in dritter Lesung endgültig zum Beschlusse erhoben.

Abg. Taschek ergreift das Wort zu einem Dringlichkeitsantrage. Dem Finanzausschusse wurde nämlich eine Nachtragsforderung pr. 300 fl. für Vermehrung der Lokalitäten des Herrenhauses zur Beratung zugewiesen. Redner ersucht das Haus, mit Umgehung aller Formalitäten sogleich den Bericht erstatten zu dürfen. — Die Dringlichkeit wird anerkannt.

Der Antrag des Finanzausschusses, den verlangten Betrag zu bewilligen und nachträglich in das Budget einzustellen, wird angenommen.

Die Sitzung wird hierauf geschlossen.

Österreich.

Wien, 10. Juni. Der Finanzausschus nahm in seiner heutigen Sitzung den Bericht des Sub-Comité's über die vom Finanzminister eingebrachte neue Kreditvorlage entgegen.

Dr. Herbst referierte und begründete folgenden Antrag des Sub-Comité's:

„Das Comité hält dafür, es könne dem Hause das Eingehen in eine Kreditbewilligung überhaupt so lange nicht anempfohlen werden, als nicht die verfassungsmäßige Feststellung für 1865 erfolgt ist; es sei jedoch das Comité zu beauftragen, sofort in die Prüfung der Vorlage einzugehen, und habe dasselbe dabei sowohl materiell die einzelnen Posten zu würdigen, als auch den Gesetzentwurf durch Aufnahme jener Garantien zu ergänzen, welche geeignet sind, Borgänge, wie sie in den Jahren 1863, 1864 und 1865 stattfanden, in Hinkunft unmöglich, sowie den Grundsatz der Verfassung, daß die Staatschuld unter die Kontrolle des Reichsrathes gestellt wird, und daß Staatschulden nur über vorausgegangene Zustimmung des Reichsrathes kontrahirt werden dürfen, zur Wahrheit zu machen.“

Abg. Skene stellt mehrere materielle, auf die Behebung der Finanznot abzielende Anträge:

1. Übernahme der Banknoten von 1 fl. und 5 fl. für Rechnung des Staates;

2. Sistirung der Amortisation mit Ausnahme der Spielanlehen;

3. die Beantragung einer Adresse an Sc. Majestät, welche ausführt, daß von der bestehenden Verwaltung die Regenerirung Österreichs nicht zu erwarten sei.

Graf Kinsky stellt folgenden Antrag:

„Das Sub-Comité wird beauftragt, zugleich mit dem Berichte über die gegenwärtig in Verhandlung stehende Gesetzesvorlage dem Finanzausschus Anträge darüber vorzulegen, wie im Wege der Gesetzgebung und als Vorbedingung für die Bewilligung des beanspruchten Kredits Garantien zu erlangen wären, daß a) dem Missbranche des §. 13 des Februar-Patentes in Hinkunft vorgebeugt; b) durch eine entsprechende Reduktion der Flotte und des Kriegsstandes der Armee die Dauer der Regelung des Staatshaushaltes ermöglicht; c) die rechtsgültige Kontrahirung von Staatschulden was immer für einer Art von der Bewilligung des Reichsrathes abhängig gemacht werde.“

Schindler will, daß das Gesamtministerium zu den Verhandlungen vorgeladen werde, da er der Ansicht sei, daß nicht der Finanzminister allein die gegenwärtige Finanzlage herbeiführt, vielmehr das Vorgehen des gesamten Ministeriums hiezu wesentlich mit beigetragen habe.

Winterstein ist der Ansicht, daß die vom Finanzminister geforderten 116 Millionen nicht ausreichen, um den sich ergebenden Abgang zu decken; eine Ansicht, welcher sich der Berichterstatter Dr. Herbst ebenfalls anschließt.

Der Finanzminister — der einzige Vertreter der Regierung, welcher im Finanzausschusse bei der heutigen Sitzung erschienen war — rechtfertigte die bedeutenden Abgänge mit dem unerwarteten Zurückbleiben der Einnahmen und den nicht vorhergesehenen Auslagen, welche der schleswig-holstein'sche Krieg verursachte, und widerspricht den Behauptungen der Abgeordneten Herbst und Winterstein, daß die Summe von 116 Millionen nicht ausreiche, wobei er sich besonders dagegen verwahrt, daß von Seite des Ministeriums irgend etwas verheimlicht sei.

Baron Ingram will an die Bewilligung einer Anleihe die Bedingung geknüpft wissen, daß die Tragweite des §. 13 festgestellt, und ein Gesetz über Ministerverantwortlichkeit vorgelegt werde.

Dr. Tischel stellt den Antrag, der Finanzausschuss möge den vom Sub-Comité ausgesprochenen Grundsatz dem Hause zur genehmigenden Kenntnahme vorlegen.

Nachdem die Abgeordneten Skene und Graf Kinsky erklärten, daß sie damit einverstanden seien, wenn ihre Anträge dem Sub-Comité zugewiesen werden, kommt der Antrag des Sub-Comité's zur Abstimmung.

Der erste Theil des Antrages, die Kreditbewilligung bis zur Feststellung des Budgets für 1865 zu verschieben, wird mit 22 gegen 4 Stimmen — Hagenauer, Stamm, Steffens, Streit — der zweite Theil des Antrages einstimmig angenommen.

Ausland.

München, 10. Juni. „Tristan und Isolde“ ist endlich heute aufgeführt worden. Der König wurde mit Applaus empfangen. Im ersten und zweiten Akt Applaus und Bischen, im dritten wurde Wagner gerufen. Für die Gallerie waren Vorsichtsmaßregeln getroffen.

Wie aus Weimar vom 7. Juni geschrieben wird, hat die Generalversammlung der Schiller-Stiftung Rückkehr zu den alten Statuten beschlossen, die Daseinlichkeit verworfen und als Verort Wien gewählt.

Aus Berlin vom 9. Juni schreibt man dem „N. Ttblt.“: „In Folge der Sitzung des preußischen Ministerrathes vom 29. v. Mts. ist in der Politik Preußens eine entscheidende Wendung erfolgt, welche Sie ohne Zweifel schon aus dem steigend insolenten Tone besonders der offiziösen Korrespondenten gegen Österreich entnommen haben werden. Der Schlüssel dazu ist, daß der Großherzog von Oldenburg seine Ansprüche auf die Herzogthümer an Preußen verkauft hat, und daß Preußen entschlossen ist, seine somit verstärkten eigenen Ansprüche mit dem Schwerte durchzufechten. Die wachsende Verlegenheit Bismarck's im Innern läßt ihn auch in der That kaum einen andern Ausweg. Der nächste Gewaltschritt wird gegen die Person des Herzogs von Augustenburg gerichtet sein, und hofft man Österreich entweder durch Drohungen zur Nachgiebigkeit zu zwingen oder zur Gegenwehr zu provociren. Die Depesche wegen des italienischen Handelsvertrages steht mit diesem ganzen Plane in engster Verbindung. Bismarck will zwar glauben machen, er vertrete die Allianz mit Österreich und somit die Friedenspartei, aber es läßt sich hier Niemand durch solches Vorgehen täuschen.“ (Abwarten! D. R.)

Mazburg, 9. Juni (Mittags). Soeben wurde der Landtag durch den Landmarschall eröffnet. Das Präsidium wird dem Landtage das Antwortschreiben des Herrn v. Bismarck auf die Adresse der Ritterschaft und Landschaft mittheilen. Die Sitzung ist geheim.

Paris, 10. Juni. Soeben verbreitet sich die Nachricht, daß in Haiti ein neuer Aufstand ausgebrochen ist, um den Süden der Insel vom Norden zu trennen und den Anschluß an Santiago zu bewirken. New-Yorker Briefe melden, daß Unternehmungen sei bereits erstickt. Man will in Kaiser Napoleons Proklamation an die Soldaten in Algier Anspielungen gegen das Verfahren der Union finden.

Mexiko. Der Dampfer „Brasilian“ mit dem aus 1150 Mann bestehenden Reste des österreichischen Freiwilligenkorps für Mexiko ist am 4. Mai wohlbehalten in Vera-Cruz eingetroffen. Wir entnehmen diese Nachricht einem Schreiben eines Offiziers dieses Korps, welcher die Reise des Brasilian wie folgt schreibt: „Das Schiff lichtete, wie bekannt, am 29. März in Triest die Aufer. Es war sehr überfüllt, daher die Mannschaft während der ganzen Reise schwere Leiden zu erdulden hatte. Am 6. April des Morgens fuhr der Brasilian in den Hafen von Gibraltar ein, und setzte, nachdem Kohlen eingenommen worden waren, die Reise fort. Mitten auf dem Ocean wurde das Osterfest gefeiert. Um neun Uhr Morgens am Ostermontag waren Offiziere und Mannschaft am Hinterdeck des Schiffes zum Gottesdienst versammelt. Ein ehemaliger Pfarrer, gegenwärtig Museums-Ver-

walter des Kaisers Max, hielt eine Ansprache, in welcher er die durch die Leiden der Ueberfahrt erregten Gemüther der Freiwilligen zu beruhigen suchte. Es gelang ihm das auch, und manches der Thränen ungewohnte Auge wurde bei seiner Erinnerung an die Heimat naß. Nach siebzehntägiger, von gutem Wetter begünstigter Reise traf das Schiff in Martinique ein. Beim Einlaufen in den Hafen spielte die Musik des Corps, die Freiwilligen drückten ihre Freude über die Beendigung der qualvollen Reise aus, indem sie deutsche, slavische, ungarische und italienische Lieder sangen; am Ufer tanzten Neger und Negerinnen zu den Klängen der Musik, und waren französische Soldaten zum Empfange der Ankommenden aufgestellt, während aus dem Fort kriegsgefangene Mexikaner giftige Blicke auf das Schauspiel warfen. Wahrlieb, eine Musterkarte von Nationalitäten, wie man sie sich nicht bunter denken kann. Am 4. Mai, wie erwähnt, fand die Ankunft in Vera-Cruz statt. Der Gesundheitszustand der Mannschaft war gut. Die Ankommenden empfingen jedoch eine schlimme Botschaft. Zahlreiche Freiwillige der früher angelangten Abtheilungen des österreichischen Corps waren aus Ursachen, die zu erforschen die Ankommende vorläufig nicht gelüstete, desertirt. Die Disciplin scheint manches zu wünschen übrig zu lassen, und es war daher das Standrecht für Deserteure und Uebertreter der Subordinations-Vorschriften publizirt. Wer entweicht, wird, wenn eingefangen, gehängt, wenn er selbst zurückkehrt, erschossen; wer die Subordination verletzt, wird gehängt. Von Vera-Cruz geht auch die letzte Abtheilung der österreichischen Freiwilligen nach Puebla in Garnison.“ (Pr.)

Lokal- und Provinzial-Nachrichten.

Laibach, 13. Juni.

Am Laibacher f. f. Gymnasium ist eine ordentliche Lehrerstelle für Physik und Mathematik mit dem Gehalte jährlicher 945 fl. und dem Vorrückungsrecht in die höhere Gehaltskategorie von 1050 fl. ö. W. und dem Anspruch auf Dezenzialzulagen zu besetzen. Konkurs-Termin bis Ende Juni d. J.

Gestern Abend, als am Vorabende des Namenfestes des Direktors der philharm. Gesellschaft Landrath Dr. Anton Schöppl, versammelten sich die Sänger des Männerchors zu einem „Sängerabende“ zu Ehren des gesieierten Vorstandes im Gasthausgarten des Florian Fischer. Es war ein gemütliches, durch echt familiären Ton ausgezeichnetes Fest. Chöre, Quartette, heitere und ernste Tischreden würzten den Abend. Den ersten Toast brachte Herr v. Raab aus auf den Direktor, welcher denselben dankend erwiederte und bei dieser Gelegenheit seine Freude ausprach über den Geist der Zusammengehörigkeit und der Liebe zur Kunst, die alle Sänger beseelt, und die unserem ganzen Lande zu Nutz und Fromm fortblühen möge. Hierauf folgte der zweite Toast auf den Chormeister Nedved, der ebenfalls sein Namensfest feierte, der dritte auf den Tafelmeister Anton Doležal. Eine hervorragende Episode des Abends bildete ein von Dr. Keesbacher ausgebrachter, mit Jubel aufgenommener Toast auf den anwesenden ehemaligen Direktor der philharmon. Gesellschaft Dr. H. Costa, der die Direktion zu einer Zeit führte, wo es ihm, wie Nedver meinte, nicht gegönnt war, seine Freude über das Blühen des Vereins auszusprechen, sondern der die hinsterbende Gesellschaft einstens vom Untergange gerettet. Herr Oberamts-Direktor Costa antwortete in herzlichen Dankesworten. Lebhafte Auffällig fand ein Toast auf Herrn Eder, als das älteste Mitglied des Männerchors. Herr Eder singt bereits 33 Jahre in der Gesellschaft. Ein Toast auf die Gäste (über 100 Personen waren anwesend) und auf die Frauen durfte nicht fehlen an einem Abende, an welchem Gemüthslichkeit und Sängerkreide ein Fest feierten. Unendlichen Jubel rief auch hervor ein Toast auf Herrn Eder aus Idria, ein Comitémitglied des einstigen Sängerfestes in Idria, und auf die Idriener. So schloß sich dieses Fest würdig den Festen an, welche die Sänger aus ähnlichen Anlässen oft feierten.

Aus Oberkrain wird uns geschrieben: Auf unseren Straßen, die sonst so öde und einsam sind, wird es lauter und lebhaft; in Beldes sind bereits einige Gäste eingetroffen; doch halten wir dafür, daß, wie eine Schwalbe keinen Sommer macht, so auch mit den wenigen Gästen die Saison dort noch nicht begonnen hat. Uebrigens hoffen wir, daß die herrlichen Sommertage, welche wir jetzt und heuer überhaupt so reichlich genießen, bald die Ufer des romantischen See's beleben werden.

Ueber unsre Auswanderer haben wir Nachrichten aus Bremen vom 26. Mai, worin der Schiffss-Agent Ján Busák — wie es scheint ein Süßslave — einem hiesigen Kaufmann mittheilt, daß „seine Landsleute“, die Herren Rößman (?) und Plemel mit Gesellschaft am 17. Mai mit dem „rühmlichst bewähr-

ten“ Segelschiffe „Stella“ nach New-York abgereist sind. Er bedauert, daß ihm einige von der Parthe abtrünnig geworden und sonach in Hände gerathen seien, in welchen er sie „gar nicht gerne“ geschenkt habe. Vermuthlich hatten diese eine billigere Ueberfahrt vontrahirt und sich so die Misgungst des Herrn Ján Busák zugezogen, dem viel daran gelegen scheint, daß seine „Landsleute“ durch ihn über's Meer spedirt werden.

Es hat sich hier eine kleine Schaar zusammengesunden, die den Triglav besteigen will; die heutigen Witterungsverhältnisse scheinen diesem Unternehmen sehr günstig. Sollte der Zug sich so brav aufzuführen, als der Blüthenmond, so ist das Gelingen gesichert. Vielleicht findet das Projekt auch weiterhin Anklang, dann wäre die Parthe umso auffordernder und interessanter. Jedenfalls werden wir mittheilen, wie es uns in der Region des ewigen Schne's ergangen. Woher kommt es überhaupt, daß Triglav-Parthe so selten sind und immer seltener werden? Unstreitig zählt doch dieser Punkt zu den interessantesten der österreichischen Alpenkette, und die Ersteigung, wenn man nur schwindelfrei und gut zu Fuß ist, bietet keine so großen Schwierigkeiten mehr. Wenn wir diese Frage anregten, so geschah es nur, um auch im Allgemeinen unserer Verwunderung Ausdruck zu geben, wie so manche herrlichen Gegenden unseres schönen Vaterlandes, namentlich von Krainern selbst so wenig besucht werden, so wenig gekannt sind. Wir meinen damit namentlich das herrliche Wurzener Saverthal von Dobrava bis Weissenfels (Bela peč), das allein in seiner stillen Verborgenheit so großartige Naturschönheiten bietet, daß es auch vermöge seines Gebirgscharakters vergleichbar mit der Schweiz nicht zu scheuen braucht.

Neueste Nachrichten und Telegramme.

Original-Telegramme.

Wien, 13. Juni. Das Allerhöchste Handschreiben ddo. Ösen S. Juni, betreffend die Aufhebung der Militärgerichte in Ungarn, ist erschienen.

Die Arbeiter-Industrie-Ausstellung wird am 1. August eröffnet.

Paris, 11. Juni. Gestern wurde das Budget mit 238 gegen 6 Stimmen angenommen.

Paris, 10. Juni (Abends). Der Kaiser ist heute um halb 6 Uhr Abends in den Tuilerien eingetroffen; er wurde von der Kaiserin und dem kaiserlichen Prinzen in Fontainebleau erwartet. Zum Empfange des Kaisers hatten sich Massen der Bevölkerung eingefunden; die Häuser waren dekoriert.

Markt- und Geschäftsberichte.

Krainburg, 12. Juni. Auf dem heutigen Markte sind erschienen: 65 Wagen mit Getreide.

(Wochenmarkt-Preise.) Weizen pr. Mezen fl. 4.05; Korn fl. 2.90; Gerste fl. 2.40; Hafer fl. 1.80; Halbfrucht fl. 3.40; Heiden fl. 2.80; Hirse fl. 3.—; Kukuruz fl. 2.80; Erdäpfel fl. 1.60; Linsen fl. 1.60; Erbsen fl. 1.60; Fisolen fl. 3.20; Rindschmalz pr. Pfund kr. 45; Schweineschmalz kr. 46; Speck, frisch kr. 34, getoxt geräuchert kr. 44; Butter kr. 36; Eier pr. Stück kr. 1; Milch pr. Maß kr. 10; Rindfleisch pr. Pfund kr. 17; Kalbfleisch kr. 18; Schweinefleisch kr. 20; Schöpfenfleisch kr. 14; Hähnchen pr. Stück kr. 25; Tauben kr. 10; Huhn pr. Ztr. fl. 1.60; Stroh fl. 1.—; Holz hartes, pr. Klafter fl. 5.10, getoxt weiches, fl. 3.50; Wein, weißer, pr. Eimer fl. 7.

Neustadt, 12. Juni.

(Wochenmarkt-Preise.) Weizen pr. Mezen fl. 4.50; Korn fl. 2.90; Gerste fl. 2.40; Hafer fl. 1.80; Halbfrucht fl. 3.40; Heiden fl. 2.80; Hirse fl. 3.—; Kukuruz fl. 3.10; Erdäpfel fl. 1.60; Linsen fl. 4.80; Erbsen fl. 4.16; Fisolen fl. 4.20; Rindschmalz pr. Pfund kr. 40; Schweineschmalz kr. 40; Speck, frisch kr. 34, getoxt geräuchert kr. 35; Butter kr. 45; Eier pr. Stück kr. 1; Milch pr. Maß kr. 10; Rindfleisch pr. Pfund kr. 20; Kalbfleisch kr. 14; Schweinefleisch kr. 15; Schöpfenfleisch kr. 15; Hähnchen pr. Stück kr. 30; Tauben kr. 18; Huhn pr. Ztr. fl. 2.—; Stroh fl. 1.—; Holz hartes, pr. Klafter fl. 6.20, getoxt weiches fl. 4.50; Wein, rother, pr. Eimer fl. 5.—, getoxt weißer fl. 4.—.

Korrespondenz der Redaktion.

Herrn L. D. in Ahling: Der Aufsatz ist willkommen, wollen Sie ihn nur bald senden. Herrn ? in Stein: Warum so lange schweigst?

Telegraphische
Effekten- und Wechsel-Kurse
an der k. k. öffentlichen Börse in Wien.
Den 12. Juni.
5% Metalliques 70.05 1860-er Anleihe 91.35
5% Nat.-Anleihe 75.10 Silber . . . 106.75
Bamallien . . . 799. London . . . 108.50
Kreditaktien . . . 180.50 k. k. Dukaten 5.16

Fremden-Anzeige

vom 10. und 11. Juni.

Stadt Wien.

Die Herren: Leber, Handlungs-Agent, von Gilli. — Schengruber, Agent, von Graz. — Mantel und Kuppe Handelsleute, und Erfer von Geisbacher. — Kainig, Agent, und Dr. Kastner von Wien. — Wenzel, k. k. Bezirks-Vorsteher, von Feistritz. — Ostermann, Weissbeamte von Gradaz.

Fran Schreiner von Klagenfurt.

Elephant.

Die Herren: v. Otto, k. preuß. Kammerath, von Laibach. — Kellner, Bräuer, von Rosian. — Stefan, Eisenbahnbaur. und Asperger, Spediteur, von St. Peter. — Ruprecht von Laas. — Baron Kempfer. — Gentilli, Aßfuranzbeamte, von Triest. — Süß, Kaufmann, von Wien. — Eder, k. k. Contrôleur, von Irria.

Baierischer Hof.

Die Herren: Dr. Lamprecht von Padua. — Kramberger, Weinbandler, von Pettan. — Osana, Wirth, von Prewald.

(1146) Nr. 2734 merc.

Firma-Protokollirung.

Bei dem k. k. Landes- als Handelsgerichte Laibach ist unterm 3. Juni l. J. die für eine Schnitt-, Buch- und Modewaaren-Handlung in Laibach bestehende Firma **Philipp Gärtner** und die von der Eigentümmerin dieser Firma Frau **Caroline Köhler** dem Blasius Begner ertheilte Prokura in den Registern für Einzelsfirmen gelöscht und dafür die Firma:

B. Begner
des Firma-Inhabers Blasius Begner eingetragen worden.

k. k. Landes- als Handelsgericht Laibach am 3. Juni 1865.

(1145-1) Nr. 2806 civ.

Bekanntmachung

an den unbekannt wo befindlichen Herrn Leopold Schweighofer, pens. k. k. Steuer-Einnehmer.

Das k. k. Landesgericht gibt dem unbekannt wo befindlichen Herrn Leopold Schweighofer, pens. k. k. Steuer-Einnehmer hiemit bekannt, daß der Bescheid vom 22. April l. J. 3. 2011, womit über Ansuchen

des Herrn Karl Herrxel die Löschung der für Leopold Schweighofer haftenden Kautions-Urkunden dtdo. 22. Mai 1844 und 16. Jänner 1850 bewilligt wurde, dem für ihn in der Person des Herrn Dr. Rudolf bestellten Kurator zugestellt worden sei.

k. k. Landesgericht Laibach am 3. Juni 1865.

(1188-1) Nr. 2977.

Dritte exeutive Teilbietung.

Bon dem k. k. Landesgerichte Laibach wird mit Bezug auf das Teilebietungs-Edikt vom 9. Mai l. J., 3. 2294, bekannt gemacht, daß die zwei ersten in der Rechtsache des Herrn Thomas Lotschniker wider die Ehegatten Jakob und Agnes Hitti pecto. 400 fl. ö. W. sammt Anhang auf den 12. Juni, und 10. Juli l. J. anberaumten Teilebietungstagsitzungen dem Einverständniß beider Theile gemäß nicht stattfinden, sondern als abgethan erklärt werden, und es demnach nurmehr bei der dritten auf den

14. August l. J. angeordneten Tagsitzung sowohl rücksichtlich der Realitäten, als auch rücksichtlich der Fahrnisse sein Verbleiben habe.

Laibach am 10. Juni 1865.

(1095-2) Nr. 7674.

Uebertragung 3. exekutiver Teilebietung.

Vom k. k. städt. deleg. Bezirksgerichte Laibach wird hiemit bekannt gemacht, es sei die mit Bescheid vom 6. Februar 1865, Nr. 2072, auf den 17. d. M. angeordnete 3. exekutive Teilebietung der der Maria Smole und dem Johann Kühn von Brunndorf gehörigen Realität Urb.-Nr. 75 ad Sonegg auf den

30. August l. J., Vormittags 9 Uhr, mit dem vorigen Anhang übertragen worden.

k. k. städt. deleg. Bezirksgericht Laibach am 17. Mai 1865.

(1114-3)

In Oberschishka, im Schlosse Grubbenbrunn,

sind neu hergestellte Sommerwohnungen mit oder ohne Möbel, dann ein Keller täglich zu vermieten.

D a n k.

Für die herzliche Theilnahme während der Krankheit unserer unvergesslichen Tochter und für die zahlreiche Beteiligung am Leichenbegängnisse statthen wir unsern innigsten Dank ab.

Laibach am 11. Juni 1865.

(1190) Ferdinand und Josefine Bilina.

K. k. privilegierte, allgemeine, österreichische Boden-Credit-Anstalt.

Der am 1. Juli 1865 fällige Coupon der Aktien der k. k. privilegierten, allgemeinen, österreichischen Boden-Credit-Anstalt wird an den Kassen der Anstalt in Wien und Paris mit

Drei Gulden österr. Währ. in Silber, oder Sieben einen halben Franken

als erste à Conto-Bahlung auf die Dividende des Jahres 1864/1865 ausbezahlt.

538

Die nächste große Gewinnziehung des k. k. Österr. Staats-Anlehens

vom Jahre 1858 im Betrage von 42 Millionen Gulden findet am 1. Juli d. J. statt, in welcher die namhaften Treffer von fl. 250.000, 40.000, 20.000, 2 à 5000, 2 à 2500, 3 à 1500, 3 à 1000, 37 à 400 u. s. f. und 1550 à fl. 150 öst. W. unfehlbar gewonnen werden müssen.

Durch unterzeichnetes Großhandlungshaus sind Lose für oben benannte Bziehung gültig, gegen Einsendung des Betrages in österr. Banknoten zu beziehen, und zwar 1 ganze Los (kein Anteilschein) zu fl. 5, $\frac{1}{2}$ Los zu fl. 2.50, 4 ganze Lose erlaße ich zu fl. 18, 6 Stück zu fl. 24.

Jeder Auftrag wird pünktlich und gewissenhaft ausgeführt. Die Gewinne werden sofort nach der Bziehung baar ausbezahlt, und wird jedem Theilnehmer die Gewinnliste prompt und unentgeltlich zugesandt.

Man beliebe sich daher baldigst und direkt zu wenden an

Joh. Friedr. Scheibel,

Banquier in Frankfurt a. M.

Theaterplatz.

P. S. Ausführliche Verlosungspläne werden gratis versendet, sowie jegliche Auskunft gerne ertheilt, auch alle anderen Staatslose zu dem billigen Preis geliefert.

(1066-2)

Nr. 1058.

Freiwillige öffentliche Teilebietung

nachstehender, im Kronlande Krain gelegener, durchgehends schuldenfreier Realitäten.

Bon dem k. k. Bezirksamt Treffen, als delegirtem Gerichte, wird öffentlich kund gemacht:

Es habe über Ansuchen des Herrn Moritz Ritter v. Westenek, k. k. Gouvernementschef im Finanzministerium und dessen Gemalin Frau Anna v. Westenek, in die freiwillige öffentliche Teilebietung nachstehender, im Kronlande Krain gelegener, durchgehends schuldenfreier Realitäten, und zwar:

1. Der Herrschaft Neudegg, im Neustädler Kreise, inliegend in der Krainischen Landtafel Post-Nr. 202;
2. des ebendort sub Post-Nr. 203 eingetragenen Gutes Schneckenbichl unweit Neudegg;
3. der von der Herrschaft Kroisenbach abgeschriebenen Wiese bei Bresouza, die herrschaftliche Stichwiese genannt, im Flächeninhalte von 62 Joch 84 □ Klafter in der Krainischen Landtafel sub Post-Nr. 215 vorkommend;
4. der im vormaligen Grundbuche der Herrschaft Kroisenbach sub Urb.-Nr. 21 vorkommenden Dominikal-Hofmühle sammt einem dazu gehörigen Acker und Wiesleck;
5. der im ehemaligen Grundbuche des Gutes Winkel sub Rekt.-Nr. 4 $\frac{1}{2}$, Fol. 39 verzeichneten Waldtheil-Parzelle Nr. 1701 im Flächenmaße von 1474 □ Klafter;
6. der im ehemaligen Grundbuche des Gutes Winkel sub Rekt.-Nr. 6 vorkommenden Mahlmühle mit einem dabei befindlichen, mit 10 kr. beanspruchten Rustikalgrunde;
7. des im ehemaligen Grundbuche der Herrschaft Neudegg Rekt.-Nr. 3 $\frac{1}{2}$, vorkommenden Ackers und der Mühle pod Gradcam p. -Nr. 52, 53a, 53b und 54;
8. der ebenda inliegenden $\frac{1}{2}$ tel Hube in Lazhenberg sub Rekt.-Nr. 150;
9. der ebendort sub Rekt.-Nr. 12 $\frac{1}{2}$ und sub Rekt.-Nr. 26 vorkommenden beiden Weingartrealitäten in Johannsberg;
10. der im vormaligen Grundbuche des Gutes Schneckenbichl sub Urb.-Nr. 4 vorkommenden, mit 20 kr. beanspruchten Viehhube, dann eines Dominikal-Ackers und Gestrippes pod Koncilio genannt;
11. der im Grundbuche des Gutes Landspreis sub Top.-Nr. 1, Prot.-Nr. 553 und sub Top.-Nr. 40, Prot.-Nr. 550 vorkommenden beiden Weingartrealitäten in Ober-Praprotiza;
12. der im ehemaligen Grundbuche der Herrschaft Kroisenbach sub Top.-Nr. 14 vorkommenden Bergrealität in Praprotenza;
13. des im vormaligen Grundbuche der Herrschaft Neudegg sub Rekt.-Nr. 3 $\frac{1}{2}$, vorkommenden Weberlandsgrundes, bestehend aus der Wiese und dem Acker bei der Mühle pod Gradcam p. -Nr. 52, 53a, 53b und 54;
14. des zum Landesgerichte Laibach, als Berggericht, gehörigen Steinkohlen-Bergwerkes, Rosalia genannt, Nr. 90 in der Gegend bei Oberdorf Katastral-Nr. 1377 in der Katastralgemeinde Bresouza, Ortsgemeinde Neudegg, Bezirk Treffen im Kronlande Krain inliegenden Tom. Supplement der verschiedenen Werkskomplexe Fol. 73;

gewilligt, und hiezu die Tagsitzung auf den

31. Juli 1865,

im Ritterschloß zu Neudegg um 10 Uhr Vormittags bestimmt.

Diese Realitäten bilden eine wohl arrondirte Areal von über 880 Joch, darunter 100 Joch Weizen-Acker, über 156 Joch ehemalige Teichwiesen, 9 $\frac{1}{2}$ Joch Weingärten, über 600 Joch Wald, wovon über 400 Joch servitutesfrei sind; es gehören dazu ein großes romantisch gelegenes, reich eingerichtetes Schloß und ein kleineres vermietbares Schlößchen, ausgedehnte Maulbeerbaum-Pflanzungen, Wirtschaftsgebäude für Getreide, und Sägemühle, ein herrschaftliches Wirtschaftshaus, eine Schmiede, ein Dreschmaschinenhaus, eine Ziegelei und ein Kalkofen, ein sehr reicher Viehstand und vollständiger Fundus instrutus aller Art, insbesonders Herrschafts- und Wirtschaftswagen und Wirtschaftsgeräthe, endlich ein reiches Steinkohlenbergwerk, sowie die Fischerei- und Jagdgerechtigkeit.

Die Teilebietungsbedingnisse können nicht nur in der diebgerichtlichen Registratur sondern auch in Wien beim Herrn L. G. Müller, Hauseigentümer in der Rossauerlände Nr. 9 und in der Kanzlei des Herrn Hof- und Gerichts-Advokaten Dr. Josef Findrey in Wien, Wollzeile Nr. 12, eingesehen und daselbst auch anderweitige Auskünfte entgegengenommen werden.

k. k. Bezirksamt Treffen, als Gericht, am 18. Mai 1865.